

Erfahrung gestaltet Zukunft

Rückblick auf das 25jährige Seniorenjubiläum der GdP in Berlin



Die hessischen Teilnehmer beim Seniorenjubiläum, v.l., Norbert Weinbach (SH), Bernhard Thomas (FFM), Kurt Grede (NH). nw

Dass GdP-Senior/innen rückwärts blicken, kann man ihnen nicht verdenken, vor allem dann nicht, wenn die Personengruppe der Senioren auf Bundesebene ihr 25jähriges Jubiläum feiert. Den Blick nach Rückwärts hatte Horst Müller, Sachbearbeiter für die Seniorengruppe beim Bundesvorstand, in der Jubiläumsbroschüre „Erfahrung gestaltet Zukunft“ zusammengefasst. Dies war auch das Motto für die Veranstaltung im Mai in Berlin. Es zeigt den Rückblick als „Erfahrung“, und auch die künftige Arbeit mit „gestaltet Zukunft“. Genau dies war der Schwerpunkt in den verschiedenen Reden im Hotel „Angleterre“, wo auch die früheren Seniorenvorsitzenden Willi Bruelheide, 91 Jahre (1991-98), Heinz Blatt (1998-2006), Artur Jung (2006-2010) und der jetzige Vorsitzende Anton Wiemers (seit 2010) anwesend waren. Der erster Vorsitzende, Fritz Göbel (1987-1990) ist bereits verstorben. Aus Hessen haben die Kollegen Kurt Grede, Bernhard Thomas und Norbert Weinbach teilgenommen.

Senioren kein „altes Eisen“

In all den vergangenen Jahren galt für die Senioren immer: „Im Alter mitgestalten“. Die älteren Mitglieder in der GdP, männlich und weiblich, fühlen sich nämlich nicht

als „altes Eisen“, sondern als fester Bestandteil der GdP. Die GdP ist wahrscheinlich auch die einzige DGB-Gewerkschaft, die ihre Senior/innen demokratisch organisiert, von den Kreisgruppen bis zum Bundesseniorenvorstand. Dass das im DGB nicht so ist, wurde von den Senioren immer wieder beklagt. Man sollte nicht vergessen, dass die GdP bundesweit mehr als 170.000 Mitglieder hat, darunter sind fast 30.000 Pensionär/innen und Rentner/innen. Dass die Senior/innen nicht alt sind, unterstrich Hugo Müller, Seniorenbeauftragter im geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand, der in seinem Grußwort die Ansicht vertrat, dass demnächst 50 Prozent der Bevölkerung 50 Jahre und älter seien, dass man sich aber nicht auf den Begriff der Demografie reduzieren lassen solle.

Aktive Seniorenpolitik gefordert

Sein Blick schweifte aber auch auf die allgemeine Seniorenpolitik, wo man sich Gedanken machen müsse, wie man im Alter leben wolle, welche Aktivitäten man entwickeln könne, um lebendig zu bleiben. Er erinnerte an die Dienstzeiten vergangener Jahre, wo Polizei Gewalt und alle anderen Probleme der Menschen erlebt habe. Die heutigen Kolleg/innen hätten darunter noch mehr zu leiden. Es sei Aufgabe der Politik, endlich die zu schützen, die die Bevölkerung schützen. Hier könne man soziale Konflikte noch erkennen und abbauen. Hier sei die Polizei gut ausgebildet und bezahlt. Blicke man aber nach Griechenland, wo die Kolleg/innen durch die Sparmaßnahmen nur noch einen Hungerlohn bekämen, dürfe man sich über Korruption nicht wundern. Man müsse aufpassen, dass es bei uns nicht dazu komme.

Dabei kam Hugo Müller auch auf die sich abzeichnende Altersarmut, auf die Rente mit 67 Jahren, die auf



Sabrina Kunz, Bundesvorsitzende Junge Gruppe. nw



Anton Wiemers, Bundesseniorenvorsitzender. nw

Senioren brauchen keinen „Betreuer“

Der Bundesseniorenvorsitzende Anton Wiemers hielt eine nachdenkswerte Rede. Er sprach von einer Gefühlreise bei der man am Ende die Türe aufmachen müsse, um in die Zukunft zu blicken, die wir alle gemeinsam erleben wollten. Er bezeichnet das Jubiläum als „Silberne Hochzeit“ und zeigte auf, dass die Satzung der Seniorengruppe eine „beratende Tätigkeit“ zuweise. Leider werde der Rat der Senioren aber kaum gefragt. Geschäftsführende Seniorenvorstände führten keine Geschäfte. Dazu fehlten ihnen die Kompetenzen. Zitronenfalter falteten auch keine Zitronen, schrieb er den an-

wesenden Mitgliedern des Bundesvorstands ins Stammbuch. Er habe als KG-Vorsitzender mehr Kompetenzen gehabt wie als Bundesseniorenvorsitzender. Es reiche nicht, wenn die Senioren nicht getadelt würden. „Nicht getadelt ist genug gelobt“, das reiche nicht. Senioren haben im Bundesvorstand einen „Betreuer“. So etwas habe man beim Eintritt in die GdP nicht unterschrieben. „Das haben wir nicht gewollt“. Die Senior/innen seien sich zu schade, sich nach der Verabschiedung aufs Altenteil zurückzuziehen. Wenn auf der Visitenkarte stehe „PHK a.D.“ dann könne man das „a.D.“ auch als „Ade“ verstehen, als „Auf Wiedersehen, mach´s gut“.

Anton Wiemers forderte die Senior/innen auf, geistig und körperlich fit zu bleiben, sich

nicht auf die faule Haut zu legen. Die Senior/innen seien 40 bis 50 Jahre in der GdP, betrachteten sie als ihre Heimat. Deshalb wollten sie auch wertgeschätzt werden, nicht nur wegen des Geldes.

Mut zur innergewerkschaftlichen Demokratie

Der Vorsitzende hielt dem Bundesvorstand auch einen Spiegel vor indem er darauf verwies, dass es in der GdP 30.000 Senior/innen gebe, dass man sie behandeln könne wie eine Bezirksgruppe, mit hauptamtlichem Geschäftsführer, zehn Angestellten und einem eigenen Haushalt. Das sollte die „Vorderen“ nachdenklich machen. „Wir sind ein Wert. Den sollten wir erhalten. Die Frage ist, warum die GdP diesen Wert ignoriert“. Die Senior/innen erwarteten „Mut zur innergewerkschaftlichen Demokratie“. Sprüche alleine nützten nichts. „Wir Älteren werden für unsere Rechte kämpfen“, rief er unter Beifall in den Saal. Anton Wiemers zeigte verschiedene Themen auf, die die Senior/innen betreffen. „Es ist wichtig, einen offenen Dialog zu pflegen, sich zu streiten, sich zu versöhnen und sich gegenseitig anzuerken-

den Prüfstand gestellt werden müsse. Das sei im Grunde nichts anderes als ein Vorwand, die Rente auf diesem Wege zu kürzen. Es könne nicht sein, dass jemand der 40 bis 45 Jahre gearbeitet habe, eine Rente bekomme von der er nicht leben könne. Die Altersarmut gehöre abgewehrt, eine Rente von 650 Euro gehe nicht. Die GdP sei aufgefordert, Defizite nicht nur aufzuzeigen, sondern auch für ihre Beseitigung zu sorgen.

Grußwort Bernhard Witthaut

„Ich freue mich, dass so viele Kolleginnen und Kollegen, die alle ein Stück Gewerkschaftsgeschichte mitgeschrieben haben und immer noch mitgestalten, zwei Tage mit uns in Berlin verbringen. Ich freue mich dass sie rückwärtsblickend, vorwärtsdenkend – Visionen entwickeln wollen, die wir mitnehmen können für die weitere gewerkschaftliche Arbeit“, begrüßte der GdP-Bundesseniorenvorsitzende Bernhard Witthaut die aktiven Jubilar/innen. Witthaut: „25 Jahre Seniorenarbeit ist eine gute Zeit, auf die wir zurückblicken. Die Senioren sind ein Aktivposten in unserer Gewerkschaft.“



Bernhard Witthaut, GdP-Bundesseniorenvorsitzender. nw



Dagmar Hölzl, Vorsitzende Bundesfrauengruppe. nw

nen“, zeigte er den Weg in die Zukunft.

Ein alter Kämpfer

Es gab bei diesem Jubiläum zwar keine Gelegenheit zur Diskussion aber Günter Klinger aus Bayern ergriff die Gelegenheit und beschwerte sich, dass es die Polizei von früher, die „alten Kämpfer“ nicht mehr gebe. Es gebe viele junge Wohlstandsgewerkschafter, die meist nur die eigene Karriere im Auge hätten. Der Mensch alleine zähle heute nichts mehr, wenn er kein Amt habe. „Wenn Du das Amt abgibst, bist Du nichts mehr“, klagte er. Dem Bundesvorstand machte er deutlich, dass die Arbeit „vor Ort“ wichtig sei. Es müsse den Gewerkschaftsvorständen möglich sein, auf die Senior/innen zuzugehen. Er stellte die Frage in den Raum „Habt ihr Angst davor? Ihr gehört auch bald zu uns. Vorstände sollen an die Mitglieder denken, nicht nur an die eigene Karriere. Seniorenarbeit darf nicht ein sich ständig wiederholendes Kasperletheater sein“. Auch hier gab es viel Beifall der Senior/innen.

Hugo Müller wehrte sich zwar gegen die „Vorwürfe“, kam aber mit dem Hinweis alleine, dass der Bundes seniorenvorsitzende stimmberechtigtes Mitglied im Bundesvorstand sei, auch wenn der Seniorenvorstand kein eigenes Budget habe, bei der Jubilaren nicht durch. Auch sein Hinweis, dass man die Seniorenarbeit im DGB verbessern müsse, verfiel nicht.

Grußworte

In ihrem Grußwort erklärte die Bundesvorsitzende der Frauengruppe, Dagmar Hölzl

, dass sie sich für die Hilfe der Senior/innen bei Großeinsätzen der Polizei bedanke. Sie nehme die Senior/innen „als kampflustig wahr, die für ihre Rechte kämpfen“. Sie bedankte sich dafür, dass die Senioren die älteren Frauen betreuten, ging über zur Altersarmut, vor allem bei Frauen und forderte eine bessere Berücksichtigung von Erziehungszeiten. Das sei wichtig für die Höhe der Rente.

Sabrina Kunz, Bundesvorsitzende der Jungen Gruppe sprach über den Dialog der Generationen. Das sei ein Gespräch miteinander. Politik werde in der Regel für die Altersgruppe 35 bis 60 Jahre gemacht. Das reiche aber nicht. Ältere

brauchten eine Lobby, nicht nur wegen der Diskussion um die Demografie. Ihre Meinung, Erfahrung und Kompetenz werde zu wenig erfragt. Auch die Junge Gruppe denke zu wenig daran. Jung und Alt seien eine Solidargemeinschaft. „Wir brauchen uns als Solidargemeinschaft“.

Bedauert wurde im Nachhinein, dass bis auf einen Bundestagsabgeordneten der „Linken“ keine Politiker anwesend waren. Auch die Medien wurden vermisst, wie man im Gespräch beim „gemütlichen Abend“ erfuhr.

Rückwärts blicken – vorwärts denken – Visionen entwickeln

Das Hauptreferat beim Seniorenjubiläum hielt der frühere Bundesvorsitzende der GdP, Hermann Lutz. Er begann mit einem Rückblick auf die von ihm als Fünfjährigem erlebten letzten Tage des II. Weltkriegs und den Beginn bei der Polizei 1957.

Das sei alles Hierarchie gewesen, Ausbilder, die früher Offiziere der Wehrmacht waren. Grundrechte wie Menschenwürde, freie Entfaltung der Persönlichkeit und Mei-



Streitbar wie immer, der frühere GdP-Bundesvorsitzende Hermann Lutz. nw

nungsfreiheit habe es nicht gegeben. 48 Arbeitsstunden pro Woche, plus acht Stunden Bereitschaft, seien die Regel gewesen. Verdient habe er 190 Mark, abzüglich der Verpflegungskosten.

Er wolle sein Augenmerk aber weniger auf das Zurück als auf die Zukunft richten, auf die aktuelle Situation. Die Veränderungen der vergangenen Jahre hätten eine Dynamik angenommen, die viele Menschen nicht mehr verstünden. Die Senior/innen hätten vor 25 Jahren beschlossen, an der Gestaltung der GdP aktiv mitzuarbeiten. Die Bilanz bis heute könne sich sehen lassen.

Kaum Zeit für menschliche Beziehungen

Die Globalisierung und Vernetzung der Kommunikation bringe Weltoffenheit. Leider spreche man nicht mehr „Auge in Auge“ miteinander. Mit mobilen Telefonen und PC sei man weltweit erreichbar. „Die Technik erfasst unser Leben in einem zeitlichen Umfang, der immer weniger Zeit für menschliche Beziehungen lässt“, klagte Hermann Lutz.

Dabei könnten sich die Senioren eigentlich nicht beschweren. Die EU habe das Jahr 2012 zum „Europäischen Jahr des aktiven Alterns und der Solidarität zwischen den Generationen“ ausgerufen, aber man diskutiere, ob man den Alten nicht den Führerschein entziehen könne, die Ablehnung einer Bewerbung eines älteren Menschen sei gerichtlich als „Altersdiskriminierung“ festgestellt worden, es gebe kaum noch Kredite für Menschen 65 plus, Alte werden nicht immer versichert, ab 75 Jahren solle es keine Transplantationen und Operationen mehr geben. Diese Auswahl zeige ein Stück menschlicher Realität. Papier sei geduldig. Man habe festgestellt, dass es eine Fehlentwicklung sei, ältere Menschen vorzeitig in den Ruhestand zu schicken. Das sei ein Verlust für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Die Alten nur als Kosten- und Risikofaktoren zu sehen, gehe an der Realität vorbei. Die ältere Generation bringe sich vorbildlich ein, sei zu 50 Prozent im Ehrenamt engagiert, z.B. in Kirchen, Verbänden, Kindergärten, sie stelle ein Drittel des Bundesfreiwilligen-



Günter Klinger, Seniorenvorsitzender Bayern, eine kritische Stimme. nw

dienstes, die Zahl der Selbstständigen und Freiberufler nehme zu und in der Entwicklungshilfe engagierten sie sich auch. Ältere Menschen fühlten sich körperlich und geistig noch fit, wollten Kontakt halten zu anderen Menschen, ihre Fähigkeiten nicht verkümmern lassen.

Zahl der Menschen steigt auf 9,3 Milliarden

Heutzutage sterben mehr Menschen als geboren werden. Die Zahl der arbeitenden Menschen nehme ab, u.a. weil die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht funktioniere. Es gebe 160.000 Zuwanderer, heute meist aus osteuropäischen Ländern, die Mitglied der EU seien. Diese Zahl sei deshalb nicht höher, weil es den Menschen an Attraktivität mangle. Zu den Auswanderern gehörten hauptsächlich junge Menschen. Dadurch steige die Zahl der Älteren. Bis 2050 werde die Zahl der Menschen weltweit um 2,3 Milliarden Menschen auf 9,3 Mia anwachsen. Alleine in Afrika lebten 2,5 Milliarden Menschen. Da wachse der Wanderungsdruck auf Deutschland und Europa. Dadurch und durch Klimaveränderung, Konflikte, Kriege könne sich die demografische Entwicklung verschlechtern. Er habe die Hoffnung, dass vorwiegend junge Menschen kommen und auf den Arbeitsmarkt drängen. Auf der anderen Seite seien Zukunftsprognosen fraglich. Sie hätten schon vor 100 Jahren nicht gestimmt. Hoffnung mache ihm auch, dass die Produktivität in den

vergangenen 20 Jahren um 30 Prozent gestiegen sei. Das müsse eigentlich reichen, um auch in Zukunft unseren Wohlstand auszubauen und die Alterseinkünfte zu bezahlen. Er wolle keine Panik machen aber es dürfe keine weitere Umverteilung zu Lasten der Arbeitnehmer/innen geben, eher ein Fifty-Fifty. Darauf müssten alle Gewerkschaften achten.

Änderungen zugunsten der Senioren

Man habe jetzt nicht nur die „Alten“ wieder für den Arbeitsmarkt entdeckt, es habe sich zugunsten der Senior/innen auch viel verändert. Technische Hilfen im Automobilbau könnten helfen, länger mobil zu bleiben. Wohnungen würden vermehrt altersgerecht gebaut. Es gebe ein umfassendes Dienstleistungsangebot für Senior/innen und auch Reiseangebote mit medizinischer Begleitung. Deutschland benötige aber auch weiterhin einen Auf- und Ausbau einer altersgerechten Infrastruktur. Vor allem im ländlichen Raum gebe es da noch erhebliche Mängel. Die Heimpflege müsse besser werden. Die Würde des Menschen dürfe nicht an der Eingangstür abgegeben werden, forderte Hermann Lutz. Hier liege noch viel im Argen, wenn er an Bettfesselungen und Ruhigstellungen durch Medikamente denke.

Geld holen bei den Finanzhaien

Alles koste Geld. Die Finanzmärkte hätten Schäden in Billionenhöhe verursacht, die die kleinen Leute bezahlen müssten. Es gehe nicht, dass sich die Banken als „Spielbanken“ verstehen dürften. Der Staat müsse sich das Geld bei den Finanzhaien holen. Überall wo gekauft und verkauft werden, müssten Steuern bezahlt werden, unterstrich Hermann Lutz und stellte die Frage, warum es keine Transaktionssteuer beim Handel mit Wertpapieren gebe. Die Finanzierung unseres Gemeinwesens hänge eng mit der europäischen Währungsunion zusammen. Da gebe es nicht nur Sonnen- und Regenschirme, sondern neuerdings auch Rettungsschirme. Die wüchsen sich zu Haftungsdächern aus. Sollten wir je in Anspruch genommen werden, warnte er, dann kämen finanzielle

Einschnitte auf uns zu, wie wir sie noch nie in der Nachkriegsgeschichte erlebt hätten. In diesem Zusammenhang wurde Hermann Lutz laut und begründete, warum er die Hilfe für Griechenland nicht billigen könne. Das seien alles Betrüger, die man fallen lassen könne. Wer durch Betrug und Fälschung diese missliche Lage verursacht habe, müsse erst im eigenen Land Strukturen schaffen, die die Hilfe anderer rechtfertigten.

Neue Berufsfelder für die GdP

Bedenklich stimme ihn, so Hermann Lutz, dass von 40 Millionen Arbeitnehmer/innen nur 20 Prozent im DGB, im DBB und in anderen Kleinverbänden organisiert seien. Man müsse analysieren, inwieweit neue Berufsfelder auch für die GdP interessant sein könnten. Bei zunehmender Staatsverschuldung sei kaum mit neuem Personal zu rechnen. Das private Sicherheitsgewer-

„Verhandeln statt Verordnen“ bleibe auch weiter ein Wunschtraum der GdP. Als Beispiel nannte er seine Pension. Die werden in den kommenden Jahren durch „hoheitlichen Akt“ um 1% per anno steigen. Bei einer zu erwartenden Inflation von 2,5 % werde sein Gehalt um 10 % gekürzt. Solange wir den Beamtenstatus beibehalten, könnten die öffentlichen Arbeitgeber weiter kürzen und streichen. „Die Schmerzgrenze ist noch nicht erreicht“.



Bundesseniorenvorstand. nw

Demografische Wandel eine Chance

Die GdP müsse im Auge behalten, dass der demografische Wandel keine Bedrohung, sondern eine Chance sei. „Wir brachen das Miteinander der Generationen“, forderte er. Durch gelebte Toleranz seien wir in der Lage, empfundene Bedrohungen solidarisch zu einem für alle tragfähigen Ergebnis zu bringen. Solidarität sei ein Geben und Nehmen, der Mehrheitswille eine Einbahnstraße. Die Föderalismusreform, die wieder abgeschafft werden müsse, zeige die Problematik der Individualisierung auf. Dieses „politische Auseinanderdividieren“ schwäche die Möglichkeiten der Organisation, ernstzunehmende Macht auszuüben.

be, die Sicherheitsaufgaben im Luftverkehr, das sei ein Wachstumsmarkt. Vielleicht seien die Privaten bald auch im Fußballstadion und bei anderen kommerziellen Veranstaltungen vertreten. Die Zukunftsfähigkeit müsse aber Ziel der GdP sein, schrieb er dem Vorstand ins Stammbuch.

Beamtenstatus abschaffen

Er wäre nicht Hermann Lutz, wenn er die GdP nicht aufgefordert hätte, in diesem Zusammenhang ernsthaft über das Beamtenverhältnis nachzudenken. Die Einkommensverhältnisse bei Tarifbeschäftigten und Beamten/innen liefen nicht mehr einheitlich. Tarifbeschäftigte dürften verhandeln. „Beamten werde gegeben – oder auch nicht“.

Angemessener Platz in der GdP

Hermann Lutz schloss seine Rede ab mit einem Appell. Alle Senior/innen in der GdP hätten einen höheren Identifizierungsgrad als die meisten Aktiven. Sie wollten keine Karriere mehr machen, die GdP nicht als Sprungbrett benutzen. Sie seien solidarisch mit dem Polizeiberuf in seiner Vielfalt, egal ob Tarifbeschäftigte oder Beamte.

Senior/innen wollten den Beitrag auch nicht 1:1 aufrechnen, „aber nur Beitragszahler zu sein, ist zu wenig“. Den Senior/innen sei auch nicht bange vor dem Älterwerden. Sie erwarteten aber, dass ihre Interessen einen angemessenen Platz finden in der Gewerkschaftsarbeit.

nw